Für die Amtliche Sammlung!

Z 2

Gesetz: BGB § 839; StVZO vom 13.11.1937 § 25 Abs 1

Rechtssatz: Die Zulassungsstelle hat die Pflicht, vor Übersendung des Kraftfahrzeugbriefes an die Sammelstelle für Nachrichten über Kraftfahrzeuge die Übereinstimmung der technischen Daten im Brief und am Fahrzeug zu überprüfen. Die Pflicht, der Sammelstelle die richtigen technischen Daten mitzuteilen, ist eine Amtspflicht, die der Zulassungsstelle den Eigentümern abhanden gekommener Kraftfahrzeuge als Dritten im Sinne des § 839 BGB gegenüber obliegt.

Aktenzeichen: III ZR 119/52

Urteil des BGH vom 29. Oktober 1953 . LG Kassel
OLG Frankfurt

III ZR 119/52

Verkündet am 29. Oktober 1953
Fieser, Just.Angest., als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

I m N a m e n d e s V o l k e s

In dem Rechtsstreit

des Rechtsanwalts Dr. P[redacted] in T[redacted]/Obb., H[redacted]platz [redacted],

Klägers, Berufungsklägers und Revisionsklägers,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. [redacted] -

g e g e n

das Land H[redacted], vertreten durch den Regierungspräsidenten in K[redacted],

Beklagten, Berufungsbeklagten und Revisionsbeklagten,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Prof.Dr. [redacted] -

hat der III. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs auf die mündliche Verhandlung vom 12. Oktober 1953 unter Mitwirkung des Senatspräsidenten Prof. Dr.Geiger und der Bundesrichter Dr. Pagendarm, Dr. Weber, Dr. Wolany und Dr. Hußla

für Recht erkannt:

Auf die Revision des Klägers wird das Urteil des I. Zivilsenats in Kassel des Oberlandesgerichts Frankfurt (Main) vom 22. Januar 1952 aufgehoben. Die Sache wird zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückverwiesen. Dieses hat auch über die Kosten des Revisionsverfahrens zu entscheiden.

Von Rechts wegen

Matthias Prinz
Rechtsanwalt
www.prinz.law



Tatbestand:

Die Ehefrau des Klägers war Eigentümerin eines Lastkraftwagens Daimler-Benz mit der Fahrgestellnummer 306 606 408. Dieser Wagen ist im Jahre 1945 von einer Wiese, auf der er abgestellt war, verschwunden. Sie hatte den Verlust des Wagens bei der Sammelstelle für Nachrichten über Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugführer bei der Verwaltung für Verkehr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in B[redacted] gemeldet. Mit Schreiben vom 27. Oktober 1949 wurde sie benachrichtigt, daß "nach den bisherigen Feststellungen" ein Daimler-Benz-LKW mit der gleichen Fahrgestellnummer und der Motornummer 306 555 588 bei der Kraftfahrzeugzulassungsstelle E[redacted] für Heinrich R[redacted] in W[redacted], U[redacted], geführt werde. In dem Schreiben heisst es weiter: "Wir stellen anheim, die Rechtsverhältnisse unmittelbar mit dem jetzigen Besitzer zu klären und sich bei Rückfragen unter Vorlage dieses Schreibens an die oben bezeichnete Zulassungsstelle zu wenden". Mit Schreiben vom 6. November 1949 machte der Kläger R[redacted] gegenüber das Eigentum seiner Ehefrau geltend, erklärte sich zu einer gütlichen Regelung bereit und bat um Vorschlag bis zum 15. November 1949. Am 7. November 1949 beantragte er bei der Kraftfahrzeugzulassungsstelle in E[redacted], den für R[redacted] ausgestellten Kraftfahrzeugbrief einzuziehen und den beigefügten Kraftfahrzeugbrief seiner Ehefrau zu berichtigen. Ferner beantragte er, den Lastkraftwagen, Fahrgestellnummer 306 606 408, bis zur Erledigung der Auseinandersetzung mit R[redacted] sicherzustellen. Abschrift hiervon übersandte er am gleichen Tage an den Landpolizeiposten E[redacted] mit dem Antrage, den Lastkraftwagen bis zur Klärung der Angelegenheit einstweilen sicherzustellen. Am gleichen Tage bat der Kläger den ihm bekannten Rechtsanwalt

Hinweis: Auch Teile der Urteilssammlung sind als Datenbank nach §§ 87a ff. UrhG geschützt.

JLaw – Gesetze und Urteile (mobile App)
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
JLaw – für Android
JLaw – für iOS

Dr.We[redacted] in [redacted] unter abschriftlicher Beifügung des bisherigen Schriftwechsels, diese Unterlagen sobald als möglich an einen Anwalt in E[redacted] abzugeben, damit dieser sich der Sache annehmen könne. Mit Schreiben vom 10. November 1949, eingegangen am 15. November 1949, fragte Rechtsanwalt Dr.We[redacted] bei Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] in [redacted] an, ob er in der Lage sei, eine Sache in E[redacted] zu übernehmen, und übersandte einstweilen die Unterlagen. Inzwischen hat am 14.November 1949 Reinhardt den Kläger um Fristverlängerung zur Prüfung der Angelegenheit, erschien am 15. November 1949 mit dem Vorbesitzer seines Wagens, N[redacted], bei dem Kläger in T[redacted], Oberbayern, und erklärte, daß sein Wagen ein ehemaliger Feuerwehrwagen der Kriegsmarine aus W[redacted] und daher nicht mit dem abhanden gekommenen Wagen der Ehefrau des Klägers identisch sei. Der Kläger gab R[redacted] ein Schreiben an das Landratsamt in E[redacted] mit, in dem er bat, die beantragten Sicherungsmassnahmen zurückzustellen, weil R[redacted] versprochen habe, innerhalb von 10 Tagen den Nachweis zu erbringen, daß sein Fahrzeug nicht identisch mit dem vom Kläger gesuchten sei.

Am 17. November 1949 erwirkte Rechtsanwalt Dr.v.T[redacted] sen bei dem Amtsgericht Sontra eine einstweilige Verfügung gegen R[redacted], in der diesem aufgegeben wurde, den Lastkraftwagen an den Gerichtsvollzieher herauszugeben. Dem Kläger wurde aufgegeben, binnen zwei Wochen Klage auf Herausgabe zu erheben, andernfalls die einstweilie Verfügung ihre Wirksamkeit verliere. Am 22. November 1949 teilte R[redacted] dem Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] mit, daß sein Lastkraftwagen von einem Sachverständigen des Dampfkessel-Überwachungsamts überprüft und daß die Eigentumsverhältnisse geklärt seien, da die Fahrgestellnummer mit seinen Papieren übereinstimme; einen entsprechenden Bericht erteile das Strassenverkehrsamt. Mit Schreiben vom 25. November 1945, eingegangen am 29. November 1949, teilte

das Landratsamt in E[redacted] Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] mit, der amtliche Sachverständige des Technischen Überwachungsamts in K[redacted] habe am 18. November 1949 festgestellt, daß die Fahrgestellnummer des R[redacted]'schen Wagens 306 606 4/68 laute. Bei der Ausstellung des Kraftfahrzeugbriefes für R[redacted] sei ein Schreibfehler entstanden, der jetzt richtig gestellt worden sei. Am gleichen Tage erhielt Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] von dem Gerichtsvollzieher, den er mit der Vollstreckung der einstweiligen Verfügung beauftragt hatte, Abschrift des Vollstreckungsprotokolls vom 24. November 1949. Daraus ergab sich, daß der Gerichtsvollzieher die Vollstreckung eingestellt hatte, weil R[redacted] durch Vorlage des Kraftfahrzeugbriefes nachgewiesen hatte, dass sein Wagen die Fahrgestellnummer 306 606 4/68 habe und deshalb mit dem herauszugebenden Fahrzeug nicht identisch sei. Am gleichen Tage erhob Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] namens des Klägers beim Amtsgericht S[redacted] Klage gegen R[redacted] auf Herausgabe. Am 9. Dezember 1949 nahm der Kläger die Klage zurück und verzichtete auf die Rechte aus der einstweiligen Verfügung. Durch Beschluss des Amtsgerichts S[redacted] vom 22. Dezember 1949 wurden die Kosten des einstweiligen Verfügungsverfahrens und der Klage dem Kläger auferlegt.

Der Kläger macht geltend, Beamte des Landratsamtes E[redacted] hätten sich bei der Ausstellung des Kraftfahrzeugbriefes für R[redacted] Wagen einer Amtspflichtverletzung schuldig gemacht, indem sie in diesem Brief eine falsche Fahrgestellnummer - nämlich die des Wagens der Ehefrau des Klägers - eingetragen hätten. Auf Grund der Mitteilung der Sammelstelle vom 27. Oktober 1949 habe er der Meinung sein müssen, daß R[redacted] den Wagen seiner Frau fahre. Das habe ihn berechtigt, wie geschehen, vorzugehen, da Eile geboten gewesen sei. R[redacted] habe ihm bei seinem Besuch

am 15. November 1949 erklärt, er fahre ohnehin über [redacted] zurück und werde sich dann mit Rechtsanwalt Dr.We[redacted] in Verbindung setzen; darauf habe er sich verlassen müssen.

Der Kläger nimmt das beklagte Land aus Amtshaftung in Anspruch auf Ersatz der Kosten, die ihm durch das einstweilige Verfügungsverfahren und die Herausgabeklage gegen R[redacted] entstanden sind. Er hat beantragt, das beklagte Land zur Zahlung von 859,95 DM nebst 9 % Zinsen seit Klagezustellung zu verurteilen.

Das beklagte Land hat Klageabweisung beantragt. Die Maßnahmen des Klägers seien übereilt gewesen. Selbst wenn R[redacted] wirklich den Wagen der Ehefrau des Klägers in Besitz gehabt hätte, hätte der Kläger nicht damit rechnen können, daß seine Frau noch Eigentümerin des 1945 abhandengekommenen Wagens geblieben sei. Die Berechtigung des Herausgabeanspruchs sei von vornherein zweifelhaft gewesen, weil die Motornummern beider Fahrzeuge nicht übereingestimmt hätten. Bei der Persönlichkeit R[redacted] sei auch ein berechtigter Herausgabeanspruch nicht gefährdet gewesen. Spätestens nach dem Besuch R[redacted] vom 15. November 1949 hätte der Kläger die bereits veranlassten Maßnahmen abstoppen müssen.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Es hat dahingestellt gelassen, ob eine Amtspflichtverletzung durch unrichtige Mitteilung der Fahrgestellnummer des R[redacted]schen Wagens an die Sammelstelle vorgelegen habe. Der Kläger habe den geltend gemachten Schaden selbst vorwiegend verschuldet. Er habe schuldhaft voreilig gehandelt und sein Unrecht nach dem 15. November 1949 nicht sogleich die eingeleiteten Maßnahmen angehalten.

Das Oberlandesgericht hat die Berufung des Klägers zurückgewiesen. Es ist der Auffassung, daß eine Amtspflichtverletzung vorliege, die den Schaden des Klägers adäquat verursacht habe und für die das beklagte Land hafte. Es teilt aber die Meinung des Landgerichts, der Kläger habe voreilig und unzweckmässig gehandelt und den Schaden selbst so überwiegend verursacht, daß er ihn nach § 254 BGB allein tragen müsse.

Gegen dieses Urteil richtet sich die Revision des Klägers, mit der er seinen Klageantrag weiter verfolgt. Das beklagte Land beantragt, die Revision zurückzuweisen.

Entscheidungsgründe:

I.

Hinsichtlich der Zulässigkeit der Revision, des Rechtswegs und der Klagebefugnis des Klägers bestehen keine Bedenken. Der Kläger, der mit seiner Frau im Güterstand der Verwaltung und Nutzniessung lebte, konnte deren Rechte hinsichtlich des zum eingebrachten Gut gehörenden Wagens eigenen Namens verfolgen, die entstehenden Kosten fielen ihm selbst zur Last (§§ 1380, 1387 Nr 1 BGB).

II.

Die Revision rügt die Annahme des Berufungsgerichts, der Kläger habe durch ihm anzurechnendes eigenes Verschulden den ihm entstandenen Schaden so überwiegend verursacht, daß er ihn, trotz schuldhafter Amtspflichtverletzung von Beamten, für die das beklagte Land zu haften habe, selbst tragen müsse. Diese Rüge ist begründet.

Das Berufungsgericht sieht das schuldhafte Verhalten des Klägers und seiner Anwälte im wesentlichen in Folge

1. In der Mitteilung der Sammelstelle sei ausdrücklich hervorgehoben worden, daß es sich um "bisherige" also vorläufige Feststellungen handle und daß die Rechtslage zunächst zu klären sei. Daraus sei erkennbar gewesen, daß die Mitteilung nicht genügte, um sofort Rechtsansprüche geltend zu machen.

2. Auch wenn der abhandengekommene Wagen der Ehefrau des Klägers mit dem R[redacted]'schen Wagen identisch gewesen wäre, sei nicht sicher gewesen, daß das Eigentum noch der Ehefrau des Klägers zugestanden habe. Es seien nach dem Zusammenbruch vielfach abhandengekommene, dann als herrenlos aufgefundene Fahrzeuge von der Militärregierung oder von deutschen Dienststellen mit der Wirkung beschlagnahmt worden, daß der bisherige Eigentümer sein Eigentum verlor. Der Umstand, daß der von der Sammelstelle gemeldete Wagen eine andere Motornummer gehabt habe als der Wagen der Ehefrau des Klägers, hätte Anlass zu Zweifeln an der Identität geben müssen.

3. Es hätte kein Anhaltspunkt dafür vorgelegen, daß der in Hessen polizeilich gemeldete Mühlenbesitzer R[redacted] Wagen auf unredliche Weise erworben gehabt habe, und daß er deshalb den Zugriff des Eigentümers vereiteln würde.

4. Der Kläger habe zunächst Maßnahmen ergriffen, die der Sachlage entsprochen hätten, indem er sich mit Schreiben vom 6. November 1949 an R[redacted] und vom 7. November 1949 an die Kraftfahrzeugzulassungsstelle in E[redacted] gewendet habe. Er hätte beiden angemessene Zeit zur Klärung der Angelegenheit lassen müssen, bevor er weitere Schritte unternahm. Die R[redacted] bis zum 15. November 1949 ge-

Frist sei zu kurz gewesen. Dessen Bitte um Fristverlängerung im Schreiben vom 14. November 1949 sei gerechtfertigt gewesen, und der Kläger hätte nach dem Besuch R[redacted] vom 15. November 1949 noch die zehn Tage abwarten müssen, innerhalb deren dieser ein amtliches Gutachten darüber beizubringen zugesagt habe, daß sein Wagen nicht derselbe sei wie der abhandengekommene Wagen der Ehefrau des Klägers. Das sei umso weniger bedenklich gewesen, als Reinhardt auf den Brief des Klägers vom 6. November 1949 unverzüglich geantwortet, diesen selbst am 15.November 1949 aufgesucht und dabei, wie der Kläger seinem Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] am 19. November 1949 geschrieben habe, einen außerordentlich gediegenen Eindruck gemacht hatte.

5. Zu Unrecht berufe sich der Kläger darauf, daß er es R[redacted] überlassen habe, bei Dr.We[redacted] in F[redacted] vorzusprechen. Es sei nicht R[redacted] Aufgabe, sondern die des Klägers gewesen, die von ihm eingeleiteten verfehlten Massnahmen rückgängig zu machen. Er habe R[redacted] weder legitimiert, in seinem Namen mit den Anwälten zu verhandeln, noch ihn beauftragt, diese zur Einstellung ihrer Massnahmen anzuweisen. Im Gegenteil habe er erklärt, er könne seinen Anwälten nicht vorgreifen.

Daraus, daß das Amtsgericht S[redacted] die beantragte einstweilige Verfügung erlassen habe, ergebe sich nicht, daß der Verfügungsantrag gerechtfertigt gewesen sei. Ob die Verfügung zu Recht erlassen worden sei, sei nicht nachzuprüfen, von Bedeutung sei lediglich, ob der Kläger Veranlassung hatte, schon am 15. oder 17. November 1949 einen solchen Antrag zu stellen. Das sei zu verneinen.

6. Reinhardt habe schon mit Schreiben vom 22. November 1949 Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] und den Kläger benachrichtigt, daß die Eigentumsverhältnisse geklärt seien und daß das

Strassenverkehrsamt entsprechenden Bericht erteilen ver... Der Landrat von E... habe auch mit Brief vom 25. N... ber an Rechtsanwalt Dr.v.Th... die wahre Sachlage dar... stellt, und der Gerichtsvollzieher habe schon am 24. N... ber 1949 die Sicherstellung des R...'schen Wagens ... gelehnt, weil ihm der berichtigte Kraftfahrzeugbrief v... gelegt worden war. Bei dieser Sachlage habe kein Anlass zur Einreichung der Herausgabeklage bestanden.

7. Auf die Äusserung des Gerichtsvollziehers B... die Angaben des Vorbesitzers N..., daß der Wagen R... ... von der Kriegsmarinewerft stamme, seien nach sei... Kenntnis der örtlichen Verhältnisse unwahrscheinlich, und auf die Auskunft der Firma Daimler-Benz vom 24.Nove... ber 1949, sie habe keinen Wagen mit der Fahrgestellnumm... 306 606 408 an die Marineverwaltung geliefert, könne si... der Kläger nicht berufen. Diese Auskünfte hätten nur in... direkte Schlüsse zugelassen. Hätte Rechtsanwalt Dr.v.Th... eine Auskunft vom Strassenverkehrsamt beigezogen, ... würde er sich schon am 18. oder 19. November von der wa... ren Sachlage einwandfrei haben überzeugen können. Die ... zweckmässigen Massnahmen seines Prozessbevollmächtigten müsse der Kläger gegen sich gelten lassen.

8. Der Kläger könne sich auch nicht darauf berufen daß ihm eine Frist von zwei Wochen zur Klageerhebung ge... setzt worden sei; denn diese Fristsetzung habe er selb... durch die von ihm erwirkte einstweilige Verfügung veran... lasst. Die Frist sei erst am 1. Dezember 1949 abgelaufe... Am 22. November 1949 sei Rechtsanwalt Dr.v.Th... aber von der Nachprüfung des R...'schen Wagens durch d... Technische Überwachungsamt unterrichtet gewesen.

Die Revision bestreitet, daß die Massnahmen des Klägers und seiner Anwälte übereilt und unzweckmässig wären und dass diese schuldhaft gehandelt hätten. Ihren Ausführungen ist in den wesentlichen Punkten zuzustimmen.

Dem Kläger und seinen Anwälten kann der Vorwurf schuldhaften Verhaltens nur dann gemacht werden, wenn sie bei ihrem Vorgehen die erforderliche Sorgfalt außer acht liessen und sich damit selbst Schaden zufügten. Die Prüfung des Tatbestands unter diesem Gesichtspunkt ergibt folgendes:

Auszugehen ist davon, wie sich die Dinge in den verschiedenen Zeitpunkten ihrer Tätigkeit oder Untätigkeit dem Kläger und seinen Rechtsanwälten darstellten.

Zu 1): Für den Kläger stand fest, daß der Wagen seiner Frau gestohlen worden war. Er erfuhr, daß ein Wagen gleichen Fabrikates mit derselben Fahrgestellnummer für R[redacted] zugelassen worden war. Daß die Sammelstelle in ihrem Schreiben vom 27. November 1949 von "bisherigen" Feststellungen schrieb, brauchte dem Kläger keinen Anlass zu der Annahme zu geben, die Nummernangaben seien nur vorläufig. Er konnte die Einschränkung "bisherige" auf die Klärung der Eigentumsverhältnisse beziehen.

Zu 2): Man kann es dem Kläger auch nicht zum Verschulden anrechnen, wenn ihm der Gedanke nicht gekommen ist, daß der gestohlene Wagen von einer Dienststelle erfasst worden sein könnte und seine Frau dadurch etwa ihr Eigentum verloren hätte. Auch der Umstand, daß der R[redacted]'sche Motor nach der Mitteilung der Sammelstelle eine andere Nummer hatte als der Motor des Wagens seiner Frau, brauchte den Kläger nicht stutzig zu machen. Es ist Erfahrungstatsache, daß Motoren ausgewechselt werden und daß das gerade bei gestohlenen Fahrzeugen geschieht, um den Diebstahl zu verschleiern.

Zu 3): Wer R[redacted] war, war der Mitteilung der Sammel-stelle nicht zu entnehmen. Seine Stellung als Mühlenbe-sitzer war darin nicht angegeben. Sie brauchte aus der Wohnungsangabe "U[redacted]" auch nicht entnommen zu wer-den. Überdies war auch bei einem Mühlenbesitzer unter Nachkriegsverhältnissen unredlicher Erwerb eines Kraft-wagens nicht ausgeschlossen.

Zu 4): Es ist begreiflich, daß sich der Kläger nicht damit begnügte, sich an R[redacted], die Kraftfahrzeugzu-lassungsstelle und die Landpolizei zu wenden, sondern d[redacted] er an den ihm gut bekannten Rechtsanwalt Dr.We[redacted] schrieb, damit dieser einen Anwalt in Eschwege mit der Wahrnehmung der Rechte des Klägers beauftragte. Der Kläg[redacted] befand sich, wie sein Schreiben an Dr.We[redacted] vom 2[redacted] November 1949 zeigt, in schwierigen wirtschaftlichen Ver-hältnissen - er spricht von einer "Riesenpleite" -, und [redacted] ist deshalb verständlich, daß er darauf aus war, mit al[redacted] Mitteln wieder in den Besitz des gestohlenen Wagens zu k[redacted] men.Dabei überliess er, was bemerkenswert ist, die zu e[redacted] greifenden Massnahmen einem Anwalt, den er als besonder[redacted] erfahren ansah.

Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted], an den Dr.We[redacted] de[redacted] Auftrag des Klägers weitergegeben hatte, entschloß sich zu einem Antrag auf einstweilige Verfügung, den er am 17. November 1949 persönlich beim Amtsgericht S[redacted] ein-reichte. Er wusste dabei noch nichts davon, daß R[redacted] am 15. November 1949 beim Kläger gewesen war, wie ander-seits dem Kläger am 15. November 1949 nicht bekannt war, was Dr.We[redacted] und Dr.v.Th[redacted] inzwischen unternom[redacted] hatten.

Der Entschluss Dr.v.Th[redacted], eine einstweilige Verfügung zu beantragen, ist nicht zu beanstanden. Es lag für einen Anwalt, der beauftragt war, ein gestohlenes Kraftfahrzeug wieder zu beschaffen, durchaus nahe, diesen Schritt zu tun, umsomehr als er telefonisch am 17. November erfahren hatte, daß die Polizei die vom Kläger erbetene Sicherstellung des Wagens abgelehnt hatte (Brief Dr.v.Th[redacted] an Kläger vom 17. November 1949).

Zu 5): Dem Berufungsgericht ist zuzustimmen, wenn es ausführt, daß der Besuch R[redacted] beim Kläger am 15. November 1949 diesem Anlass gab, zunächst keine Schritte weiter zu unternehmen, vielmehr abzuwarten, ob R[redacted] sein Versprechen einhalten werde, die Eigentumsverhältnisse an seinem Wagen binnen 10 Tagen, d.h. bis zum 25. November 1949 zu klären. Der Kläger hat sich insoweit aber auch, von seinem Standpunkt aus gesehen, zweckmässig verhalten. Er gab R[redacted] ein Schreiben an das Landratsamt mit, in dem er unter Hinweis auf R[redacted] Versprechen bat, die beantragten Sicherungsmassnahmen zurückzustellen, und er beruhigte sich dabei, daß R[redacted] erklärt hatte, er werde auf der Rückfahrt in F[redacted] sich mit Dr.We[redacted] in Verbindung setzen. Das Berufungsgericht meint, auf dieses Versprechen habe sich der Kläger nicht verlassen dürfen. Dem kann nicht zugestimmt werden. R[redacted] war sich seiner Sache selbst nicht sicher. Er nahm es auf sich, die Eigentumsverhältnisse an seinem Wagen zu klären. Er hatte also selbst ein Interesse daran, die gegen ihn gerichteten Maßnahmen aufzuhalten. Das konnte im Kläger die Zuversicht wecken, daß R[redacted] wirklich zu Dr.We[redacted] gehen werde. Dabei konnte das Schreiben des Klägers an das Landratsamt, das er R[redacted] mitgab, diesem als Ausweis gegenüber Dr.We[redacted] dienen, und der Kläger durfte, ohne schuldhaft zu handeln, damit

rechnen, daß Dr.We[redacted], über dessen Schritte er [redacted] nicht unterrichtet war, seinerseits etwa getroffene Maß- nahmen aufhalten werde, wie es der Kläger in seinem Sch- ben an das Landratsamt getan hatte.

Zu 6) und 7): Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] erfuhr zunächst nichts von dem Besuch R[redacted] beim Kläger, weil dieser entgegen seiner Zusage nicht bei Dr.We[redacted] vorge- sprochen hatte. Erst der Brief des Klägers vom 19. Nov- ber 1949 gab ihm Kenntnis von dem, was sich am 15. Nov- ber in T[redacted] abgespielt hatte. Diesem Brief konnte Dr.v.Th[redacted] zwar entnehmen, daß R[redacted] einen gedie- Eindruck gemacht hatte und daß der Kläger im Vertrauen auf dessen Zusage, binnen 10 Tagen ein Gutachten beizu- gen, die Sicherstellung des Wagens durch das Landratsam aufgehalten hatte. Andererseits ging aus dem Brief her daß N[redacted] behauptet hatte, er habe den Wagen R[redacted] aus Marinebeständen auf einer Beutesammelstelle in Schl wig erworben, die Fahrgestellnummer sei bei Erstellung Kraftfahrzeugbriefes ganz willkürlich ausgewählt worde Recht glaubte Dr.v.Th[redacted] nicht an den Zufall, daß man dabei gerade auf die Fahrgestellnummer des gestohlenen Wagens verfallen wäre. Er telegrafierte deshalb an den Kläger am 21. November 1949, er halte N[redacted] Angaben für einen Tarnungsversuch, er werde die Sachverständigenprü überwachen. Am gleichen Tage bat er R[redacted], ihm mit- teilen, wann der Sachverständige seinen Wagen besichtig werde, da er bei der Begutachtung zugegen sein möchte. besprach sich dann am 22. November 1949 mit dem Gerich vollzieher B[redacted], der ihm erklärte, nach seiner Kenntn der Verhältnisse habe in Schleswig keine Beutesammelst bestanden. Daraufhin schrieb Dr.v.Th[redacted] am 22. Novem 1949 an den Landrat in E[redacted] und bat um Überprüfung Angaben N[redacted]. Zugleich wandte er sich an die Daimler

Benz-Werke mit der Frage, ob diese der Marine einen Wagen mit der Fahrgestellnummer 306 606 408 geliefert hätten.

Zu 8): Inzwischen lief bis zum 1. Dezember 1949 die in der einstweiligen Verfügung gesetzte Frist zur Erhebung der Klage auf Herausgabe des Wagens. Immer noch glaubte Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted], der im Besitz R[redacted] befindliche Wagen sei der vom Kläger gesuchte. Seine Bedenken wurden auch nicht zerstreut, als er ein Schreiben R[redacted] vom 22. November 1949 erhielt, in dem dieser mitteilte, daß sein Lastkraftwagen schon von einem Sachverständigen vom Dampfkesselüberwachungsamt überprüft worden sei und daß die Eigentumsverhältnisse geklärt seien, da die Fahrgestellnummer mit seinen Papieren übereinstimme. Er schrieb daraufhin am 24. November 1949 an R[redacted], daß ihm dessen Schreiben nicht ganz verständlich sei, es sei ja nie bezweifelt worden, daß die Fahrgestellnummer seines Lastkraftwagens mit seinen Papieren übereinstimme, entscheidend sei ja gerade, daß diese Fahrgestellnummer die des Wagens des Klägers sei. Offenbar habe R[redacted] von N[redacted] einen gestohlenen Wagen erworben. Zugleich bat er um Klärung bis zum 28. November 1949, ob R[redacted] das Eigentum des Klägers anerkenne, andernfalls werde er Herausgabeklage einreichen.

Mit Schreiben vom 28. November 1949 reichte Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] die vom 27. November 1949 datierte Herausgabeklage zum Amtsgericht S[redacted] ein, wo sie am 29. November 1949 einging. In seinem Anschreiben bat er, mit der Entwertung der beigefügten Gerichtskostenmarken gegebenenfalls noch zwei Tage zuzuwarten, weil R[redacted] den Wagen vielleicht vergleichsweise herausgeben werde. Nachdem Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] am 28. November 1949 die Mitteilung der Daimler-Benz-Werke erhalten hatte, daß kein Wagen mit

der fraglichen Fahrgestellnummer an die Marine geliefe... worden sei, war er überzeugt, daß N... Angabe falsch und das Fahrzeug im Besitz R... der gestohlene Wagen der Ehefrau des Klägers sei. Er bat deshalb am gleichen Tage das Amtsgericht S..., die Herausgabeklage nunmehr zuzustellen. Mit Recht weist die Revision darauf hin, daß diese Klageerhebung nicht nur zur Wahrung der der einstweiligen Verfügung gesetzten Frist notwendig ... daß vielmehr auch die Vorschrift in § 989 BGB die Herbeiführung der Rechtshängigkeit geboten erscheinen liess...

Erst nachdem Rechtsanwalt Dr.v.Th... das Amtsgericht um Zustellung der Herausgabeklage gebeten hatte, erhielt er am 29. November 1949 ein Schreiben des Landrats vom 25. November 1949. Die Prüfung des R...'schen Wagens durch den Sachverständigen habe ergeben, daß die Fahrgestellnummer am Wagen R... 306 606 4/68 laute und daß bei der Ausfertigung des Kraftfahrzeugbriefes ein Schreibfehler vorgelegen habe, der nunmehr berichtigt worden sei. Zugleich erhielt Rechtsanwalt Dr.v.Th... ein Protokoll des Gerichtsvollziehers vom 24. November 1949, nach welchem diesem der berichtigte Kraftfahrzeugbrief zum R... Wagen vorgelegt worden war, worauf der Gerichtsvollzieher von dessen Wegnahme abgesehen hatte. Rechtsanwalt Dr.v. Th... hatte aber immer noch Zweifel, ob nicht eine Fälschung der Nummer am Fahrgestell des R...'schen Wagens vorliege, wie sein Schriftsatz vom 30. November 1949 in der Verfügungssache ergibt. Nachdem eine weitere Auskunft der Daimler-Benz-Werke vom 5. Dezember 1949, daß 1940 ein Fahrzeug mit der Fahrgestellnummer 306 606 468 an die Kriegsmarine geliefert worden sei, seinen Zweifel beseitigt hatte, zog Rechtsanwalt Dr.v.Th... mit Telegramm vom 7. Dezember 1949 die Klage zurück, bevor noch in der einstweiligen Verfügungssache über den Widerspruch R... vom 30.

November 1949 verhandelt und in der Hauptsache Verhandlungstermin anberaumt worden war.

Vom Standpunkt des Rechtsanwalts Dr.v.Th[redacted] aus gesehen - und auf dessen Standpunkt muss man sich stellen - war die Annahme, der im Besitz R[redacted] befindliche Wagen sei der gestohlene Wagen der Ehefrau des Klägers, durchaus verständlich. N[redacted] Darstellung von der willkürlichen Wahl der Fahrgestellnummer bei der Briefherstellung war unglaubhaft. Die erste Auskunft der Daimler-Benz-Werke verstärkte den Verdacht gegen N[redacted] ebenso wie die Mitteilung des Gerichtsvollziehers B[redacted], daß in Schleswig keine Beutesammelstelle bestanden habe. Es ist nicht ersichtlich, warum der Kläger sich auf diese Mitteilungen nicht sollte berufen können, wie das Berufungsgericht meint. Beide Auskünftsstellen verdienten Vertrauen, und es ist Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] kein Vorwurf daraus zu machen, daß er den Auskünften Vertrauen schenkte. Es ist auch nicht gerechtfertigt, daß das Berufungsgericht Dr.v.Th[redacted] vorwirft, er habe die nächstliegenden Maßnahmen, eine Rückfrage beim Strassenverkehrsamt, unterlassen. Dr.v.Th[redacted] hatte sich am 22. November 1949 an den Landrat unter Hinweis auf N[redacted] Darstellung gewendet und um Nachprüfung gebeten. Dessen Auskunft vom 25. November 1949 machte sich die Darstellung des Sachverständigen nicht schlechthin zu eigen. Der Landrat schrieb vielmehr, es "scheine" sich bei dem R[redacted]'schen Wagen nicht um das vom Kläger gesuchte Fahrzeug zu handeln. Aus dem Schreiben des Landrats vom 25. November 1949 ergibt sich überdies, daß die Annahme des Berufungsgerichts, Dr.v.Th[redacted] hätte sich schon am 18. oder 19. November 1949 einwandfrei von der wahren Sachlage unterrichten können, jeder Grundlage entbehrt. Denn Dr.v.Th[redacted] konnte vor Erhalt des Briefes R[redacted] vom 22. November 1949 nicht wissen, wer als Sachverständiger tätig wurde,

und das Landratsamt selbst erhielt vom Ergebnis der [redacted] nischen Untersuchung erst durch den Bericht des Sachver- ständigen vom 21. November 1949 Kenntnis.

Die Bedenken Rechtsanwalts Dr.v.Th[redacted] gegenüber der Mitteilung R[redacted] vom 22. November 1949, wie er sie in seinem Brief an R[redacted] vom 24. November 1949 zum Ausdruck brachte, waren nicht unbegründet. Eine Be- stätigung des Sachverständigen hatte dem Reinhardt'schen Schreiben nicht beigelegen. Es kam hinzu, daß Dr.v.Th[redacted] einer Äusserung des Amtsgerichts in S[redacted] entnommen hatte, R[redacted] gelte zwar allgemein für vertrauenswür- dig, aber eine gewisse Vorsicht sei doch am Platze (Brief Dr.v.Th[redacted] an Kläger vom 24. November 1949).

Die Überprüfung des gesamten Tatbestands ergibt, das Berufungsgericht allzu sehr rückschauend vom Stand- dessen aus geurteilt hat, dem der Sachverhalt offen lag, statt sich auf den Standpunkt dessen zu stellen, der zur Verfolgung eines vermeintlichen guten Rechts nur Teil- schnitte aus dem gesamten Zusammenhang sehen konnte und notwendigerweise darauf angewiesen war, aus dem ihm Er- sichtlichen seine Schlüsse zu ziehen und daraufhin die Maßnahmen zu treffen, die ihm geboten erschienen. Daß Kläger und seine Anwälte dabei unter Ausserachtlassung der gebotenen Sorgfalt in eigener Sache schuldhaft zum Nachteil gehandelt hätten, ist nicht ersichtlich. Wenn Maßnahmen im Endergebnis zu einer Belastung des Klägers mit Kosten führten, so war das die Folge davon, daß der Kläger durch die Auskunft der Sammelstelle auf eine fal- sche Fährte gesetzt worden war. Bei dieser Sachlage ist für die Anwendung des § 254 BGB mangels Verschuldens des Klägers und seiner Anwälte kein Raum.

III.

Da es nach Vorstehendem nicht gerechtfertigt ist, daß die Vorderrichter die Klage unter dem Gesichtspunkt des § 254 BGB wegen überwiegenden Selbstverschuldens des Klägers als unbegründet angesehen haben, ist zu prüfen, ob sich die angefochtenen Entscheidungen aus anderen Gründen als richtig darstellen (§ 563 ZPO). Es kommt nunmehr darauf an, ob das Berufungsgericht die Voraussetzungen eines Amtshaftungsanspruchs mit Recht bejaht hat.

1. Unstreitig beruhte die irreführende Mitteilung der Sammelstelle an den Kläger darauf, daß die Zulassungsstelle der Sammelstelle als Fahrgestellnummer des R[redacted]-[redacted]schen Wagens die Nummer 306 606 408 anstatt der richtigen Nummer 306 606 4/68 mitgeteilt hatte. Zwischen dieser falschen Mitteilung der Zulassungsstelle an die Sammelstelle, deren auf dieser falschen Mitteilung beruhenden, irreführenden Auskunft an den Kläger und dem Schaden, der diesem dadurch entstanden ist, daß er im Vertrauen auf die Richtigkeit der Mitteilung gerichtliche Schritte gegen R[redacted] unternahm, die ihn mit Kosten belasteten, besteht ein adäquater ursächlicher Zusammenhang, weil erfahrungsgemäss aus der Schaffung falscher Auskunftsunterlagen gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen den Beteiligten entstehen können.

Daß der Kläger anderweit für seinen Schaden Ersatz erlangen könnte (§ 839 Abs 1 Satz 2 BGB), ist nicht ersichtlich; die Maßnahmen seiner Anwälte waren, wie dargelegt, gerechtfertigt, und der Sammelstelle als solcher fällt ein Verschulden nicht zur Last. Für die Anwendung des § 839 Abs 3 BGB ist nach der Sachlage kein Raum. Daß das beklagte Land gemäss Art 34 GrundG anstelle der Beamten der Zulassungsstelle zu haften hat, falls diese eine schuldhafte Amtspflichtverletzung begangen haben, steht ausser Streit.

2. Entscheidend ist demnach, ob ein Beamter der Zu-
lassungsstelle, indem er falsche Unterlagen für die Sam-
melstelle schuf, eine ihm dem Kläger gegenüber obliegende
Amtspflicht verletzt und ob er dabei schuldhaft gehandelt
hat.

Nach der Dienstanweisung zu §§ 23, 25 der Strassen-
verkehrszulassungsordnung musste die Zulassungsstelle bei
der Zulassung des R[redacted]'schen Wagens, die ohne Vorle-
gung des Kraftfahrzeugbriefes nicht erfolgen durfte, den
Brief auf ordnungsmässige Ausfüllung prüfen. Insbesondere
war darauf zu achten, daß Motor- und Fahrgestellnummern
stimmten. Die dabei festgestellten technischen Daten waren
der Sammelstelle, deren Aufgaben in der hier fraglichen
Zeit das Strassenzentralamt erfüllte, mitzuteilen (vgl.
Dienstanweisung in RVerkBl 1939 B 191, abgedruckt in Mo-
Strassenverkehrsrecht 17. Aufl 1953 und in Floegel-Hart-
Strassenverkehrsrecht 8. Aufl 1953 je bei §§ 23, 25 StV
und Rundschreiben des Strassenzentralamtes vom 7. Augu-
1948 in Floegel-Hartung aaO, StVZO bei § 26).

Die Sammelstelle erfasste die ihr von der Zulassu-
stelle mitgeteilten technischen Daten karteimässig. Die
Einrichtung des Kraftfahrzeugbriefes und die Einrichtu-
einer Sammelstelle sollten dazu dienen, vielfachen Wüns-
der Kraftverkehrswirtschaft entsprechend, Handhaben zu
Sicherung des Eigentums an Kraftfahrzeugen zu schaffen
zugleich statistische Unterlagen für wirtschaftspoliti-
Maßnahmen zu liefern (vgl Ausführungsanweisung des Rei-
verkehrsministers zur Verordnung über den Kraftfahrzeu-
verkehr vom 11. April 1934, RMinBl 1934, 319.- Die Ent-
wicklung der Sammelstelle ist dargestellt bei Pfundtn-
Neubert, Das deutsche Bundesrecht Bd VI C 10 S 3).

In Erfüllung ihrer Aufgabe, durch Ausnutzung der ihr zugeleiteten tehnischen Daten eine Handhabe zur Sicherung des Eigentums zu schaffen, teilt die Sammelstelle Kraftwageneigentümern, denen ihr Wagen abhandengekommen ist, auf Anfrage mit, was ihr über den Verbleib des Fahrzeugs bekannt ist. Sie ermöglicht es den Verlustträgern so, zu ermitteln, ob ihre Wagen etwa anderweit zugelassen worden sind, durch wen und für wen.

Wie der Zulassungsstelle nach § 25 Abs 4 StVZO dem Eigentümer eines Kraftwagens gegenüber die Amtspflicht obliegt, sich zur Sicherung des Eigentums bei jeder Befassung mit dem Fahrzeug den zugehörigen Brief vorlegen zu lassen (BGHZ 10, 122), so liegt ihr weiter die Amtspflicht ob, die Sammelstelle mit richtigen technischen Angaben zu versorgen, auf Grund deren diese ihrer Aufgabe gerecht werden kann, dem Eigentümer eines abhandengekommenen Fahrzeugs bei dessen Ermittlung behilflich zu sein. So an der Sicherung des Eigentums an Kraftfahrzeugen mitzuwirken, ist Amtspflicht der Zulassungsstelle, und diese Amtspflicht ist ihr im Interesse der Eigentümer abhandengekommener Kraftfahrzeuge auferlegt, die somit Dritte im Sinne des § 839 BGB sind.

3. Da nach Vorstehendem die sonstigen Voraussetzungen eines Amtshaftungsanspruchs nach § 839 BGB, Art 34 GrundG gegeben sind, kommt es nur noch darauf an, ob der Beamte der Zulassungsstelle, durch dessen Versehen der Sammelstelle eine falsche Fahrgestellnummer mitgeteilt wurde, schuldhaft gehandelt hat. Ob das der Fall ist, lässt sich mangels hinreichender tatsächlicher Feststellungen noch nicht beurteilen.

Das Berufungsgericht ist der Auffassung, ein Beamte, für den das beklagte Land haftet, habe fahrlässig eine falsche Nummer in den Kraftfahrzeugbrief R[redacted] eingetragen, die wahre Nummer am Fahrgestell sei trotz Farbaufstriches und Verschmutzung bei gehöriger Aufmerksamkeit zu erkennen gewesen, im Zweifel hätte die Eintragung in Brief nicht vorgenommen werden dürfen. Das Berufungsgericht stützt sich dabei auf das Schreiben des Landrates an Rechtsanwalt Dr.v.Th[redacted] vom 25. November 1949, in dem wiedergegeben ist, was der Sachverständige des Technischen Überwachungsamtes in K[redacted] am 21. November 1949 mitgeteilt hatte, nachdem er mit der richtigen Feststellung der Fahrgestellnummer am R[redacted]'schen Wagen vom Landrat beauftragt worden war. Danach befand sich am Fahrgestell die Nummer 306 606 4/68 an der Rahmentraverse vorn rechts unterhalb des Kühlers. Zum andern war dieselbe Nummer, aber ohne den Schrägstrich vor den Ziffern 68, auf dem Rahmen neben dem Kühler eingeschlagen. Nach der Äußerung des Sachverständigen konnte die erste Nummer an der Traverse bei der Abnahme des R[redacted]'schen Wagens, als diesen Kraftfahrzeugbrief I Nr 816 826 E ausgefertigt wurde, wegen Farbaufstriches und Verschmutzung nicht festgestellt werden. Es scheint demnach, als ob der Sachverständige des Technischen Überwachungsamtes den R[redacted]'schen Kraftfahrzeugbrief ausgefüllt hat. Sicher ist das der Äußerung vom 21. November 1949 freilich nicht zu entnehmen, zumal als Tag der Abnahme der 8. November 1949 (richtig 1948) angegeben ist, während die Zulassung für Reinhardt schon am 3. Januar 1949 erfolgt ist.

Ob die zweite Nummer auf dem Rahmen bei der Ausfüllung des Kraftfahrzeugbriefes deutlich erkennbar war, ist bisher nicht festgestellt worden. Möglich wäre, daß die letzten Ziffern infolge undeutlicher Einprägung statt richtig 68 falsch 08 gelesen werden konnten, so daß möglicherweise

Beamten der Zulassungsstelle, als er die Angaben im Brief mit der Nummer auf dem Fahrgestell verglich, die Abweichung entgehen konnte, ohne dass ihm deshalb Fahrlässigkeit vorzuwerfen wäre. Eine solche könnte insbesondere dann zu verneinen sein, wenn selbst der Sachverständige des Überwachungsamtes die Nummer falsch abgelesen haben sollte, was bei der Ähnlichkeit zwischen O und 6 bei undeutlicher Einprägung ohne Verschulden möglich sein könnte.

Es steht aber überhaupt nicht fest, ob die falsche Eintragung im Briefe auf schlechter Lesbarkeit der Nummer beruhte. In der Äusserung des Sachverständigen vom 21. November 1949 heißt es nämlich, es sei bei der Ausfertigung des Briefes ein Schreibfehler entstanden. Also ist es denkbar, daß die Fahrgestellnummer richtig abgelesen und lediglich falsch eingetragen wurde. Dann aber hätte der Beamte der Zulassungsstelle bei Vergleichung der Briefeintragung mit der Nummer des Fahrgestells den Fehler bemerken können und müssen; Die Sammelstelle wäre dann nicht falsch unterrichtet worden.

Bei den in tatsächlicher Hinsicht noch bestehenden Unklarheiten ist der Senat nicht in der Lage, den Rechtsstreit auch nur hinsichtlich des Grundes des Anspruches zu entscheiden. Deshalb ist das angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückzuverweisen. (§ 565 Abs 1 ZPO).

Falls sich ergibt, daß dem Beamten der Zulassungsstelle, der Briefeintragung und Fahrgestellnummer zu vergleichen hatte, kein Verschulden trifft, weil er die eingeschlagene Nummer, ohne fahrlässig zu handeln, verkennen konnte, wird zu prüfen sein; ob etwa den Sachverständigen des Technischen Überwachungsamtes ein Verschulden trifft,

falls das beklagte Land auch für diesen zu haften hat. Das könnte in Frage kommen, wenn das Technische Überwachungsamt in K[redacted] eine Dienststelle des beklagten Landes war. Letztere Frage nach Hessischem - irrevisiblem - Landesrecht zu entscheiden, bleibt dem Berufungsgericht überlassen (§ 565 Abs 4 ZPO). Diesem obliegt auch die Entscheidung über die Kosten des Revisionsverfahrens.

Dr.Geiger Dr.Pagendarm Dr.Weber

Wolany Dr.Hußla